

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Willi Brase, Klaus Barthel (Starnberg), Hans-Werner Bertl, Ursula Burchardt, Dr. Peter Eckardt, Lothar Fischer (Homburg), Iris Gleicke, Klaus Hagemann, Stephan Hilsberg, Ulrich Kasparick, Siegrun Klemmer, Ernst Küchler, Dietmar Nietan, Günter Oesinghaus, Dr. Carola Reimann, Dr. Edelbert Richter, René Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Berg), Bodo Seidenthal, Jörg Tauss, Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ekin Deligöz, Matthias Berninger, Irmingard Schewe-Gerigk, Christian Simmert, Hans-Josef Fell, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/3244 –**

Berufsbildungsbericht 2000

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat sich verbessert. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stieg bundesweit um 3 %. In fast allen alten Ländern nahm die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zu. Auch konnte in den alten und in den neuen Ländern die Anzahl der am 30. September 1999 noch nicht vermittelten Lehrstellenbewerber und -bewerberinnen deutlich reduziert werden.

Diese Verbesserung der Ausbildungssituation ist den Bemühungen der rot-grünen Bundesregierung zu verdanken. Die durch die Arbeitsämter und Ausbildungskonferenzen erreichten Nachvermittlungen, deren Erfolge über den Erwartungen der Landesarbeitsämter liegen, haben zu einer weiteren Entspannung beigetragen. In den alten Ländern konnte laut Angaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) die Zahl der Nichtvermittelten um 70 %, in den neuen Bundesländern um 78 % abgebaut werden. Beigetragen haben hierzu u. a. auch die Kampagne „Ausbilden: Wir machen mit!“, das Programm Ausbildungsplatzentwickler, die Förderprogramme auf Ebene der Bundesländer und nicht zuletzt das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit JUMP, das sich als äußerst erfolgreich erwiesen hat.

Erfreulich ist auch, dass 30 000 Verträge in Berufen abgeschlossen wurden, für die erst in den letzten drei Jahren neue Ausbildungsordnungen geschaffen wurden. Die Tatsache, dass die höchsten Steigerungsraten in diesen Berufen erzielt werden konnten, zeigt die hohe Bedeutung der strukturellen Erneuerung der Berufslandschaft vor dem Hintergrund der enormen Umwälzungen, die in Wirtschaft und Arbeitswelt stattfinden. Aber auch bei den vorhandenen modernisierten Berufen konnten überdurchschnittliche Zuwachsraten erreicht werden. Zurzeit wird die Modernisierung von ca. 50 Ausbildungsberufen vorbereitet. Besonderen Stellenwert erhält dabei die im Bündnis für Arbeit vereinbarte „Offensive zum Abbau des IT-Fachkräftemangels“.

Der Ausbildungskonsens vom 6. Juli 1999 hat sich bewährt. Er hat die bereits erreichten selbsttragenden Kooperationsstrukturen weiter verbessert. Die bisherige erfolgreiche Arbeit der Arbeitsgruppe „Aus- und Weiterbildung“ im Bündnis für Arbeit wirkt unterstützend.

Bei allem zu konstatierenden weiteren Nachholbedarf mit Blick auf die Schaffung neuer Berufe erweist sich damit insgesamt die hohe Aktualität und Flexibilität des deutschen Berufsbildungssystems. Zu dieser positiven Gesamteinschätzung kommt auch der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung in seinem Beschluss vom 23. März dieses Jahres. Der Hauptausschuss, das gesetzliche Beratungsgremium der Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der beruflichen Bildung, hebt darin insbesondere das hohe Maß an Einmütigkeit zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern bei der Modernisierung des dualen Systems hervor.

Bei aller positiver Bewertung muss aber auch festgestellt werden, dass ohne die immensen Anstrengungen der öffentlichen Hand kein so gutes Ergebnis zu realisieren gewesen wäre.

Ein von der Wirtschaft getragenes ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen ist noch nicht erreicht, die Wirtschaft steht weiterhin in der Bringschuld. Es ist offenkundig, dass die stattfindende Verschiebung von Ausbildungslasten auf die öffentliche Hand das duale System gefährdet.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die strategische Ausrichtung der vorgesehenen Maßnahmen zur Reform des Systems der beruflichen Bildung auf den Ausbildungskonsens auf den verschiedenen Ebenen (Bündnis für Arbeit, regionale Ausbildungskonferenzen, lokale Gremien) ist fortzuführen.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Wirtschaft, Handwerk, freie Berufe und öffentlichen Dienst verstärkt anzuhalten, mehr Ausbildungsplätze anzubieten und in diesem Zusammenhang ihre Festlegungen über mögliche politische und gesetzgeberische Maßnahmen im Lichte der Ergebnisse des „Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ hinsichtlich einer qualifizierten Ausbildung für alle Jugendlichen zu treffen.
3. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung die Weiterführung des „Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit“ (JUMP) durch entsprechende Finanzmittel im laufenden Jahr sichergestellt hat. Die Bundesregierung wird aufgefordert, rechtzeitig zu prüfen, ob es notwendig ist, das Sofortprogramm darüber hinaus weiterzuführen. In diesem Zusammenhang sollten auch Möglichkeiten der Standardisierung der Maßnahmen geprüft werden. Hierfür ist eine gründliche, auch qualitative Evaluation des laufenden Sofortprogramms notwendig.

4. Die von der Bundesregierung konzipierten Maßnahmen und Programme zur strukturellen Erneuerung der Ausbildungsberufe werden begrüßt. Wegen der hohen Bedeutung der Früherkennung für die möglichst zeitnahe Anpassung des Berufsbildungssystems an die Umwälzungen im Arbeitsmarkt, insbesondere in den neu sich herausbildenden Beschäftigungsfeldern, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, die angestoßene „zweite Phase der Früherkennung des Qualifikationsbedarfs“ vorrangig anzugehen. Er begrüßt insbesondere die hierzu in der Arbeitsgruppe „Aus- und Weiterbildung“ im Bündnis für Arbeit vereinbarten Schwerpunktsetzungen, auch im Blick auf die Arbeiten des Bundesinstituts für Berufsbildung und des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung. Die genannten Schwerpunkte Gesundheit, Umwelt, Kultur–Freizeit–Tourismus sowie Transport–Verkehr–Logistik sind um den Schwerpunktbereich Information und Telekommunikation zu ergänzen.
5. Die bereits erreichte Erhöhung der IT-Ausbildungsplätze kann nur ein erster Schritt sein. Der Deutsche Bundestag begrüßt die im Rahmen des Bündnisses für Arbeit im Juli letzten Jahres vereinbarte „Offensive zum Abbau des IT-Fachkräftemangels“.
6. Insbesondere muss eine Ausdehnung der Offensive auf andere Bereiche von Wirtschaft und öffentlichem Dienst erreicht werden. Die tiefgreifenden Anforderungen, die das Internet an die Gesellschaft insgesamt, an alle Ebenen des Bildungssystems und nicht zuletzt an das System der beruflichen Bildung stellt, müssen aufgegriffen und angegangen werden.
7. Vor dem Hintergrund des beschleunigten Strukturwandels der Arbeitswelt kommt der Weiterbildung zentrale Bedeutung zu, die hohe Geschwindigkeit der Veränderungen kann von der Erstausbildung allein nicht erfasst werden. Auch im IT-Bereich ist ein breites Angebot von anerkannten Fortbildungsabschlüssen zu entwickeln. Der Deutsche Bundestag begrüßt die im Bündnis für Arbeit getroffene Vereinbarung, Maßnahmen zur Verbesserung der Flexibilität und Durchlässigkeit des dualen Systems (Leistungsfeststellungen, Zusatzqualifikationen, Zwischenprüfungen, Bausteinkonzepte) zu prüfen. Der bereits erreichte Grad der Verzahnung zwischen Aus- und Weiterbildung muss ausgebaut werden. An öffentlich-rechtlichen Abschlussprüfungen und am Berufskonzept ist festzuhalten.
8. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Vereinbarung zwischen dem Zentralverband der Elektroindustrie und der IG Metall („Markierungspunkte für die Neuordnung der beruflichen Weiterbildung in der IT-Branche“) in diese Vereinbarung aufgenommen worden ist.
9. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Initiative der Bundesregierung „Schulen ans Netz“. Er unterstreicht die Notwendigkeit der vollen Einbeziehung der Berufsschulen und Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung in die Initiative. Er fordert sie auf, die Qualifikation des Lehrpersonals zu einem Schwerpunkt der Initiative zu machen.
10. Die Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher stellt weiterhin ein großes Problem dar. Über den „klassischen“ Teil der Jugendlichen hinaus (sozial Benachteiligte, Jugendliche mit schwerwiegenden Bildungs- und Verhaltensdefiziten) zählen hierzu immer mehr auch Jugendliche ohne diese Defizite. Die berufliche Benachteiligtenförderung von Jugendlichen darf nicht – wie in der Vergangenheit – zur Notmaßnahme verkommen, sondern muss zum integralen Bestandteil des Systems der beruflichen Bildung ausgebaut werden. Dabei kommt der besseren Verknüpfung von Ausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung besondere Bedeutung zu. Der Deutsche Bundestag begrüßt die in der Arbeitsgruppe „Aus- und Weiter-

bildung“ des Bündnisses für Arbeit getroffene Vereinbarung, eine breite bundesweite Initiative zur Weiterentwicklung der Maßnahmen zur beruflichen Förderung benachteiligter Jugendlicher anzustoßen. Er fordert die Bundesregierung auf, möglichst zeitnah eine Evaluierung der Initiative vorzulegen, insbesondere über die anvisierte Empfehlung der Beteiligten auf Bundesebene (Bundesregierung, zuständige Ministerkonferenzen der Länder, Kommunale Spitzenverbände, Bundesanstalt für Arbeit, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Bundesarbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe). Der Deutsche Bundestag begrüßt das Modellprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ der Bundesregierung. Auch hier ist eine gründliche Evaluation vorzunehmen.

11. Die Lernortkooperation zwischen den ausbildenden Betrieben und den berufsbildenden Schulen ist zu verbessern. Beispiele wie die gestaltungsorientierte Berufsbildung im Lernortverbund („GoLo“) sollten offensiv weiterentwickelt werden. Im Rahmen dieses Modellversuches konnten neue Ausbildungsplätze, ein erweitertes Ausbildungsspektrum und eine verbesserte Ausbildungsqualität erreicht werden. Nicht zuletzt führte die Verringerung der betrieblichen Ausbildungskosten dazu, dass sich wieder mehr Betriebe an der Erstausbildung beteiligten. Das Modell der „geschäfts- und arbeitsprozessbezogenen Ausbildung“ (z. B. das VW-Modell „GAB“) führt die berufliche Bildung wieder stärker an die betrieblichen Prozesse heran und stellt daher einen geeigneten Ansatzpunkt zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung dar. Das Beispiel des Verbundprojektes Neckarwerke zeigt ebenfalls, wie in Kooperation mit Unternehmen der Region die Ausbildungssituation verbessert werden kann. Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Modelle zu prüfen.
12. Viele Gespräche im Bündnis für Arbeit und auf Länderebene mit den an der beruflichen Bildung beteiligten Akteuren haben deutlich gemacht, dass eine stärkere Konzentration und Koordination der vielfältigen öffentlichen Programme zur Schaffung von Ausbildungsplätzen dringlich ist. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in diesem Sinne aktiv zu werden.
13. Die Diskrepanz im Ausbildungsverhalten von weiblichen (Dominanz des Dienstleistungsbereichs) und männlichen Jugendlichen (Dominanz des gewerblich-technischen Bereichs) ist weiterhin ausgeprägt. Die Frauenanteile in den neu geschaffenen Berufen im Medien- und IT-Bereich signalisieren, dass die darin liegenden Chancen von jungen Frauen immer noch unzureichend wahrgenommen werden. Diese Bereiche bieten daher gute Ansatzpunkte zur Ausweitung des Berufswahlspektrums für Frauen. In diesem Zusammenhang begrüßt der Deutsche Bundestag das von der Bundesregierung beschlossene Programm „Frau und Beruf“ und die Initiative „Frauen ans Netz“.
14. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Anstrengungen der Bundesregierung in den neuen Bundesländern. So wurden z. B. 40 % der Finanzmittel des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit für Maßnahmen in den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt. In den neuen Bundesländern muss vorrangiges Ziel sein, so rasch wie möglich ein von Betrieben, privaten Dienstleistern und Verwaltungen selbst getragenes und finanziertes Ausbildungsplatzangebot zu schaffen. Der Deutsche Bundestag begrüßt die von der Arbeitsgruppe „Aus- und Weiterbildung“ im Bündnis für Arbeit mit Blick auf die neuen Länder vereinbarten Maßnahmen. Er fordert die Bundesregierung auf, besonderes Gewicht auf die darin vorgesehenen Schwerpunkte innovative Verbundausbildung, Erhöhung der Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes und Entwicklung einer speziell auf die neuen Bundesländer abgestimmten gemeinsamen Förderkonzeption

von Bund und Ländern zu legen. In diesem Zusammenhang werden Modelle im Sinne eines externen Ausbildungsmanagements begrüßt, bei denen u. a. auch Berufsschulen und andere Bildungsträger mit Betrieben zusammenarbeiten und diese bei der Ausbildung unterstützen. Die vom Deutschen Gewerkschaftsbund vorgeschlagene Initiative „Trabi plus“ sollte als Modell dieses Typus geprüft werden.

Berlin, den 10. Mai 2000

Willi Brase
Klaus Barthel (Starnberg)
Hans-Werner Bertl
Ursula Burchardt
Dr. Peter Eckardt
Lothar Fischer (Homburg)
Iris Gleicke
Klaus Hagemann
Stephan Hilsberg
Ulrich Kasparick
Siegrun Klemmer
Ernst Küchler
Dietmar Nietan
Günter Oesinghaus
Dr. Carola Reimann
Dr. Edelbert Richter
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Heinz Schmitt (Berg)
Bodo Seidenthal
Jörg Tauss
Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
Dr. Peter Struck und Fraktion

Ekin Deligöz
Matthias Berninger
Irmingard Schewe-Gerigk
Christian Simmert
Hans-Josef Fell
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

